

Interpellation Boesch-St.Gallen vom 7. Mai 2001
(Wortlaut anschliessend)

Familienergänzende Betreuungsangebote für Vorschulkinder

Schriftliche Antwort der Regierung vom 28. August 2001

Dorothea Boesch-St.Gallen weist in ihrer Interpellation darauf hin, dass der Ruf nach familienergänzenden Betreuungsplätzen für Vorschul- und Schulkinder in letzter Zeit immer stärker geworden ist und sich die Frage stellt, ob der Kanton St.Gallen fördernd eingreifen könne.

Die Regierung nimmt wie folgt Stellung:

1. Die Bedeutung eines bedarfsgerechten Angebotes an familienergänzenden Betreuungsplätzen für Vorschul- und Schulkinder ist unbestritten. Unbestritten ist auch, dass die öffentliche Hand eine gewisse Verantwortung mitträgt, auch wenn es nicht einfach Sache der öffentlichen Hand sein kann, familienergänzende Betreuungsplätze bereitzustellen. Wenn sie ihren Teil dazu beitragen soll, dass den unterschiedlichen Bedürfnissen in Form adäquater Einrichtungen entsprochen werden kann, bedeutet dies noch nicht, dass möglichst viele öffentliche Mittel bereitgestellt und private Angebote möglichst grosszügig subventioniert werden. Die Gemeinwesen sollen nur insoweit tätig werden, als die vorausgesetzte Privatinitiative nicht ausreicht, um die gewünschten Wirkungen zu erzielen (Subsidiaritätsprinzip). Diese Feststellungen gelten hauptsächlich mit Bezug auf die kantonale Ebene. Soweit direktes Engagement und eigenes Handeln der öffentlichen Hand erforderlich ist, ist in erster Linie die Ebene der Gemeinden angesprochen. Familienergänzende Betreuungsangebote für Vorschulkinder betreffen ihren Zuständigkeitsbereich; sie gehören zur örtlichen Infrastrukturausstattung. Kinder sollen dort betreut werden, wo sie den Kindergarten oder die Schule besuchen, also im Wohnumfeld. Unter familienergänzender Betreuung werden derzeit vor allem Krippen und Horte verstanden. Dazu gehören aber auch Tagesplätze der privaten Familienpflege, Mittagstische, Spielgruppen und andere betreute Freizeitmöglichkeiten, wie sie von privaten Einrichtungen und Gemeinden angeboten werden. Nicht ausser Acht gelassen werden darf die Vernetzung bzw. Koordination mit der gesamten Jugendarbeit, zu der die politischen Gemeinden nach Sozialhilfegesetzgebung verpflichtet sind.

Bezogen auf die Krippenplätze, deren Förderung die Interpellantin anspricht, sind insbesondere eine schlüssige Bedarfsabklärung und die Vernetzung bestehender und künftiger Angebote wichtig. Der Grosse Rat hat bereits bei der Behandlung des Berichtes «Working poor» die Regierung eingeladen, im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung die Gemeinden in koordinierter Weise bei der Bedarfsabklärung für Angebote im Vorschulalter zu unterstützen sowie bezüglich Einführung von Tagesschulen im St.Galler Schulsystem eine Machbarkeitsuntersuchung durchzuführen. Der letztere Auftrag wird im Zusammenhang mit dem vom Erziehungsrat beschlossenen Projekt «Neue Tagesstruktur» behandelt. Um das wichtige Thema der familienergänzenden Kinderbetreuung vertieft und ganzheitlich bearbeiten zu können, wird dem Grossen Rat mit dem Staatsvoranschlag 2002 beantragt, beim Amt für Soziales entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Damit wird es möglich, über den genannten Auftrag einer koordinierten Unterstützung der Gemeinden bei der Bedarfsabklärung hinaus, Private und Gemeinden beratend und koordinierend zu unterstützen, notwendiges Know-how zu vermitteln, Aktivitäten zu vernetzen sowie Trägerschaften und Initiativgruppen zu coachen.

2. Eine direkte finanzielle Unterstützung von derartigen Betreuungsangeboten durch den Staat muss schon mit Blick auf die Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden, wonach dieser Bereich unter dem Gesichtspunkt des Äquivalenzprinzips den Gemeinden zugeordnet ist, abgelehnt werden. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass der Bund sich allenfalls bereit erklären wird, entsprechende Anschubsubventionen auszurichten. Auf indirekte Weise, d.h. über seine Leistungen im Finanzausgleich, wird der Staat dagegen entsprechende Angebote der politischen Gemeinden und Schulgemeinden mittragen.

Im Übrigen ist geplant, dass der Staat in seiner Funktion als Arbeitgeber den Bedarf des eigenen Personals nach familienergänzender Kinderbetreuung genauer abklären und je nach Ergebnis entsprechende Massnahmen ausarbeiten wird.

3. Zur Frage der Gewährung steuerlicher Entlastungen ist darauf hinzuweisen, dass Einrichtungen, die für die Öffentlichkeit familienergänzende Kinderbetreuungsplätze anbieten, im Kanton St.Gallen zufolge Gemeinnützigkeit von der subjektiven Steuerpflicht befreit sind. Mit Blick auf die Möglichkeit einer indirekten Förderung der Betreuungsplätze durch steuerliche Entlastung der Nachfrage, d.h. durch Vorteile für Eltern, die entsprechende Betreuungsangebote nutzen, ist festzuhalten, dass das Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden keinen allgemeinen Abzug von Einkommen für die Kosten der Kinderbetreuung vorsieht. Den Kantonen ist überdies die Einführung neuer allgemeiner Abzüge ausdrücklich untersagt. Derzeit ist es lediglich möglich, der Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch Betreuungskosten für Kinder mit einem tarifarischen Sozialabzug zu begegnen, der je Kind höchstens Fr. 2'000.– beträgt. In dieser Frage besteht somit eine direkte Abhängigkeit von der Bundesgesetzgebung. Angesichts der Tatsache, dass auf Bundesebene im Bereich der Familienbesteuerung auch bei den Kinderbetreuungskosten eine Abzugsregelung zu erwarten ist, ist diese Frage in diesem Zusammenhang weiter zu verfolgen.
4. Kindertagesstätten, wie Krippen und Horte, bedürfen einer Betriebsbewilligung und unterstehen der staatlichen Aufsicht. Aufgrund der Verordnung über Kinder- und Jugendheime bildet das Vorliegen eines Betriebskonzeptes, das Massnahmen zur Qualitätssicherung vorsieht, Bewilligungsvoraussetzung. Im Rahmen der Aufsicht wird geprüft, ob diese Massnahmen umgesetzt werden. Hier besteht eine entsprechende Einwirkungsmöglichkeit des Staates.

28. August 2001

Wortlaut der Interpellation 51.01.28

Interpellation Boesch-St.Gallen: «Familienergänzende Betreuungsangebote für Vorschulkinder

Der Ruf nach familienergänzenden Betreuungsplätzen für Vorschul- und Schulkinder ist in letzter Zeit immer stärker geworden. Frauen (und z.T. auch Männer) sollen nicht länger zwischen Beruf und Familien entscheiden müssen, sondern beides – aber nicht zu Lasten der Kinder – verbinden können. Dafür sind ausreichend Krippenplätze, Tagesschulen und andere Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Im Nationalrat wurde kürzlich eine entsprechende Initiative mit grossem Mehr gutgeheissen: Mit jährlich 100 Mio. Franken sollen während 10 Jahren neue Plätze in Kindertagesstätten und Tagesschulen geschaffen werden. Die Initiative muss noch vom Ständerat gutgeheissen und in ein Gesetz umgewandelt werden. Nachdem aber der Druck auch von Arbeitgeberseite gross ist, ist davon auszugehen, dass der Vorstoss die nötige Unterstützung erhält.

Im Grossen Rat wurde im Februar eine Motion überwiesen, die verlangt, dass geprüft werden soll, wie familienergänzende Betreuungsplätze für Kinder im Schulalter bereitgestellt werden können. Aber auch für Kleinkinder und Kinder im Vorschulalter ist der Mangel an Betreuungsplätzen gross. Auf Bundesebene wurde dies erkannt und entsprechend gehandelt. Es stellt sich daher die Frage, ob nicht auch der Kanton St.Gallen in diesem Bereich fördernd eingreifen kann. Unter der Annahme, dass vom Bund beträchtliche Gelder bereitgestellt werden, könnte (oder müsste) auch der Kanton ergänzende Leistungen erbringen.

Fragen an die Regierung:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung zur Förderung von Krippenplätzen für Vorschulkinder?
2. Ist die Regierung bereit, Betreuungsangebote für Vorschulkinder finanziell zu unterstützen (z.B. in Ergänzung zur Förderung durch den Bund)?
3. Können steuerliche Entlastungen gewährt werden?
4. Kann die Regierung zur Qualitätssicherung solcher Betreuungsangebote entsprechende Massnahmen ergreifen?»

7. Mai 2001